

# Deutschland und der Islam.

Von

Martin Hartmann.

Das Problem unserer Stellungnahme zum Islam ist nach dessen räumlichen Gebieten und ihren Beziehungen verschieden zu behandeln. In Afrika sind Deutschland und der Islam Konkurrenten um den Einfluß auf die Eingeborenen, in Vorderasien sehen wir uns dem festen Besitz gegenüber.

Das Vorgehen in A f r i k a , bei dem es vor allem gilt, die Gefahr der Islamisierung der Eingeborenen fernzuhalten, ist in Deutschland Gegenstand ernster und sachlicher Prüfung. Ich stehe diesem Zweige des Problems ferner und beschränke mich, auf die Studie C. H. BECKER'S *Ist der Islam eine Gefahr für unsere Kolonien?* (Koloniale Rundschau I, 266—293) und seinen Pariser Vortrag *Der Islam und die Kolonisierung Afrikas* (Berliner Internationale Wochenschrift vom 19. Februar 1910, Sp. 227—252) zu verweisen. Hierher gehört auch das inhaltreiche Buch des Prof. CARL MIRBT: *Mission und Kolonialpolitik in den deutschen Schutzgebieten* (Tübingen, Mohr, 1910)<sup>1)</sup>.

In Vorderasien, zu dem mit Recht seit alten Zeiten Ägypten gerechnet wird, ist der Islam in der Defensive, und die Zeit der Eroberungen dort ist für ihn vorbei. Er hat vielmehr die größte Mühe, seinen Besitzstand zu erhalten. Seine Feinde sind: 1. die nichtmuslimischen Angehörigen seiner staatlichen Gebilde, 2. die Franken. Der Prozeß vollzieht sich mit vollkommener Folgerichtigkeit. Von den Hauptmächten, Türkei, Persien, Afghanistan, hat nur Afghanistan die konsequente Abschließungspolitik geübt, die ihm ein verhältnismäßig sicheres Sonderleben gewährt. In Persien sind die nichtmuslimischen Elemente zu schwach, um dem Islam gefährlich zu sein, dagegen haben die vollkommene Direktions- und Disziplinlosigkeit von Regie-

<sup>1)</sup> Ich nehme zu den Meinungsverschiedenheiten der Herren BECKER und MIRBT, die bei MIRBT, S. 262 Anm. 1 formuliert sind, Stellung in einem Referat über das MIRBT'sche Buch, das in der *Kolonialen Rundschau* erscheinen wird.

rung und Gesellschaft dem südöstlichen und dem nördlichen Nachbar die Handhabe zu tiefen Eingriffen geboten. In der Türkei wird von den Nichtmuslimen systematisch auf die Schwächung der islamischen Regierung hingearbeitet; die Franken sehen zwar in ihrer Haltung und Stärkung einen Schutz vor schweren Konflikten, dürfen und können aber nicht künstlich einen Staat aufrecht erhalten, der selbst nicht zu seiner Kräftigung den Weg findet, und dessen erster Akt nach der Gesundung das tückische Vorgehen gegen seine Freunde wäre, das ihm seine Religion vorschreibt.

Deutschlands Verhalten in den beiden Hauptländern des Islams ist klar vorgezeichnet. Es ergibt sich aus der Untersuchung dreier Fragen, die ich so formuliere:

I. Wie ist die Stellung der Regierungen und der Gesellschaft in den islamischen Ländern zu Deutschland?

II. Welches sind die Ziele der deutschen Regierung und der deutschen Gesellschaft in den islamischen Ländern?

III. Durch welche Mittel sind diese Ziele zu erreichen?

#### I.

Einen islamischen Staat in unserem Sinne gibt es theoretisch nicht, es fehlt sogar den Sprachen der Islamwelt ein Wort dafür. Wir betrachten als ein Hauptmerkmal des Staates die räumliche Beschränktheit. Die fehlt im Islam grundsätzlich. Da ein jedes Individuum des Islams die Pflicht hat, die wahre Religion auf jede Weise zu verbreiten, so hat auch die durch eine gemeinsame Regierung verbundene Gemeinschaft die Pflicht, nichtmuslimische Gesellschaften, in diesem Falle Staaten, zu unterwerfen. Dieser Gedanke beherrscht vollkommen sowohl die islamische Gesellschaft wie die islamischen Regierungen. Es ist in dieser Hinsicht kein Unterschied zwischen der sunnitischen Türkei und dem schiitischen Persien. Es ist der Standpunkt vollständiger Feindseligkeit. Nun sind schon früh die Widerstände derer, die sich nicht einfach schlucken lassen wollten, so stark gewesen, daß die Fachmänner, die den Willen Gottes aus den allgemeinen Quellen zu erforschen hatten, zahlreiche Regeln über den Verkehr mit den Ungläubigen aufgestellt haben, ob ihnen der Krieg besonders anzusagen sei, wie die Gesandten zu behandeln seien, wie mit den fremden Händlern zu verfahren sei usw.<sup>1)</sup> Die Regierungen haben sich

<sup>1)</sup> Ausführlich behandelt diese Punkte, um nur den ältesten und wichtigsten islamischen Staatsrechtler zu nennen, A b ũ J ũ s u f im *kitāb alcharāğ* (s. S. 115ff.). Nach ihm ist als richtige Meinung anzunehmen, daß der Krieg nicht in jedem einzelnen Falle anzusagen ist.

dem Zwange gefügt, das prinzipiell grenzenlose Imperium in einer Gottes Willen durchaus widersprechenden Weise durch feste Grenzen räumlich zu bestimmen. Es ist da auch kein Unterschied zwischen Regierungen und Gesellschaft.

Die Nichtmuslime sind für beide (Regierungen und Gesellschaft) unterschiedslos: sie bilden eine große Masse. Es liegt im Wesen der Staatslosigkeit des Islams, daß sich die Muslime, die nicht beständig mit Franken zu tun haben, von dem Wesen des fränkischen Staates nur schwer eine Vorstellung machen können. Die fränkischen Staaten sind für sie natürlich grundsätzlich sämtlich Feinde des Islams und mit Mißtrauen zu behandeln. Ebenso gilt für die Individuen der fränkischen Gesellschaft das, was für alle Nichtmuslime gilt: sie dürfen nicht zu Freunden genommen werden. Doch bringt die Gewalt der Tatsachen und das Interesse Verschiedenheit in der Behandlung der Franken mit sich; es zeigt sich, daß unter Umständen Freundschaft der *maṣlahat almuslimīn* »dem Interesse der Muslime« nützlich sein kann, und sie wird dann geheuchelt. Wer dem Islam in irgendeiner Weise etwas leistet, gilt als Freund und wird als solcher behandelt. In dem großen Wettrennen um diese Freundschaft haben einige europäische Mächte eine wahre Genialität im unlauteren Wettbewerb gezeigt, indem sie sich als die aufrichtigsten, zuverlässigsten Freunde geberdeten, dabei aber von islamischen Staaten abrissen, was sie konnten. Die Gefühle für Deutschland in der Türkei schienen, namentlich nach der Kaiserreise 1898, bei der muslimischen Bevölkerung freundliche zu sein. Aber es wäre Täuschung, an die Aufrichtigkeit zu glauben. Die große Masse sah darin eine Huldigung für den Padischah. Die zahlreichen unter dem Drucke Abdulhamids Leidenden, und das waren alle Elemente, die die Erhaltung und den Fortschritt des Reiches wollten, konnten über die Erhöhung seines Ansehens nicht erfreut sein. Alle aber sahen in dem deutschen Kaiser wie in jedem einzelnen Deutschen allezeit den Ungläubigen, dem man ein freundliches Gesicht zeigt, solange es Vorteil bringt. Das Interesse des Islams ist das oberste Gesetz, das das Verhalten regelt. Das ist besonders zu beachten bei der Erörterung der Mittel zur Erreichung unserer Ziele (III), d. h. es ist den Muslimen von Fall zu Fall klarzumachen, daß Deutschland ihr Interesse will. Man wird dabei oft mit Unverstand zu kämpfen haben, sofern die Muslime nur nach dem Anschein urteilen. Das beste Mittel wird immer sein, das freundliche Verhalten gegen Deutschland durch Aussicht auf weiteren Nutzen durch dieses zu sichern.

## II.

Als allgemeines Ziel der Regierung und der Gesellschaft Deutschlands darf bezeichnet werden: die Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen status der islamischen Länder im deutschnationalen Interesse und im Interesse dieser Länder selbst. Eine Begründung ist kaum nötig. Doch mögen einige Punkte besonders hervorgehoben werden:

1. Die enge Berührung von wirtschaftlichem und kulturellem status darf den Lesern dieser Zeitschrift nicht erst vorgeführt werden; wohl aber wird es einige Mühe kosten, der Bevölkerung der islamischen Länder den Zusammenhang klarzumachen, und zwar besonders den Muslimen; ihnen steht hinter dem wirtschaftlichen Gedeihen nicht die Kultur, sondern einzig die Religion, und der schlichte Muslim, der von den Vorstellungen des Korans und der Scharī'a in der ihm von den »Wissenden« gelehrten Form beherrscht ist, steht vor der Tatsache, daß wirtschaftliches Gedeihen aus einem Anderen hervorgehen kann als aus der gewissenhaften Erfüllung der Satzungen Gottes wie vor einem vollkommenen Rätsel; die Bedeutung des kulturellen status muß in die muslimischen Massen getragen werden.

2. Es scheint in der Formulierung: »Hebung des kulturellen und wirtschaftlichen status« eine Überhebung zu liegen, der Anspruch, daß das, was uns als Kultur und als wirtschaftliches Gedeihen erscheint, auch der Bevölkerung der islamischen Länder so erscheinen müsse; eine gewisse Relativität ist unbedingt zuzugeben, und die »Segnungen« der fränkischen Kultur sind, namentlich in Afrika, oft recht zweifelhaft: denkende und fühlende Menschen kamen dazu, geradezu von einer »Tragödie der Kultur« zu sprechen (so SCHILLINGS bei MIRBT S. 220 Anm. 2). In Vorderasien handelt es sich aber um Gebiete, die einst Hauptstätten der Kultur waren. Sind die Äußerungen unserer Kultur in vielem von denen der Alten verschieden, so sind ihre Pfeiler gemeinsam: die Achtung vor dem Staatsgedanken und innerhalb der Staatsschranken der Schutz der Persönlichkeit. Ein wesentliches Merkmal der Länder alter Kultur ist die Gewöhnung der Massen an ständige, geregelte Arbeit, im Gegensatz zu dem Neger, der nur mühsam zur Arbeit erzogen werden kann (vgl. MIRBT S. 104). Der Islam hat da geradezu verwüstend gewirkt. Hervorgegangen aus dem jedem geordneten Leben, jeder Staatsorganisation und jeder Arbeit feindlichen Beduinentum, hat er diesen wichtigsten Punkt alles kulturellen Lebens von Anfang an vernachlässigt. Mohammed und die ersten Staatsleiter nach ihm hatten keinen Sinn für

staatliche Organisation. Was später geschaffen wurde, ist nur ein schwacher Ersatz, der den inneren Bedürfnissen der Gesellschaft in keiner Weise gerecht wurde, ja in vielen Punkten geradezu ihre Befriedigung verhinderte. Die Gleichstellung aller Muslime und die dadurch bedingte Unfähigkeit, die nicht Werte schaffenden Gruppen der Beduinen und Räuber aller Art in Schranken zu halten, schuf einen Zustand der Unsicherheit, der noch heute auf den islamischen Ländern lastet. So kam es, daß die islamische Gesellschaft von den Werten zehrte, die sie vorfand, und als sie sie verbraucht, sich in einem Zustande ständiger schwerer Not befand, namentlich in Hinsicht der inneren Werte, die durch Erziehung und Pflege geschaffen werden. Es ist dadurch ein großer Prozentsatz der Bevölkerung — das islamische Element zog als das herrschende das nichtislamische mit sich — der Arbeit entwöhnt<sup>1)</sup>. Aber es fehlt keineswegs an arbeitswilligen und zur Arbeit geschickten Händen, die sich darnach sehnen, daß ihnen einigermaßen lohnende Beschäftigung geboten wird. Von der gegenwärtigen Regierung der islamischen Länder ist nicht das Geringste zu hoffen<sup>2)</sup>. Die Gesellschaft aber in den Hauptländern des Islams ist noch weniger imstande, aus sich heraus dieses ihr eigenste Interesse zu befriedigen. Sie könnte es nur durch Organisation, sie ist aber völlig desorganisiert; dafür hat Jahrhunderte hindurch ein skrupelloser Absolutismus im Bunde mit der nur eine einzige Organisation, die der islamischen Kirche, pflegenden Priesterschaft gesorgt.

3. Um die Mittel zur Erreichung unseres Zieles erkennen zu können, müssen wir feststellen: wie ist der kulturelle und wirtschaftliche Zustand der islamischen Länder heute im einzelnen? Diese Frage beantworten hieße ein umfangreiches Werk schreiben; aber alle Einzelerscheinungen lassen sich unter einige Hauptpunkte zusammenfassen. In dem wirtschaftlichen Leben fehlt die Ausnutzung der im Lande liegenden Stoffe, und es fehlt an Verkehrsmitteln. Aus dem kultu-

<sup>1)</sup> Vernichtend hat namentlich die Türkenherrschaft gewirkt, und in ihr wieder in besonderer Weise das grausame, jede wirtschaftliche und geistige Betätigung als eine Gefahr für die absolute Herrschaft des Monarchen unterdrückende Regiment Abdulhamids.

<sup>2)</sup> Für die Türkei ging mir das unwiderleglich hervor aus den Beobachtungen, die ich bei einem Aufenthalte im Herbst 1909 machte, und die ich niedergelegt habe in *Unpolitische Briefe aus der Türkei* (Leipzig, Haupt, 1910). Ich habe dabei Gefährten unter den Osmanlis selbst. Der hochgesinnte und tief schauende M e h e m e d E m i n äußerte sich so (a. a. O. S. 55): »Die jetzige Generation ist durch den jahrhundertelangen Despotismus derart heruntergekommen, daß sie nicht hoffen kann, etwas Höheres zu leisten. Sie muß sich beschränken, die neue Generation, namentlich durch eine gute und vollständig durchgearbeitete Schulbildung, für die großen Aufgaben, die zu lösen sind, vorzubereiten.«

rellen Leben hebe ich nur die Frage des Schulwesens heraus. Ich behandle dies aber nicht hier, sondern in Abschnitt III.

4. Was soeben »Hebung des kulturellen status« genannt wurde, fällt zusammen mit dem, was man nennen kann: Überbrückung der Kluft zwischen dem Frankentum und dem Islam, oder auch: diese stellt sich ohne weiteres mit jener bei einer gewissen Höhe ein, wenn die wesentlichen Hinderungsmomente für den Islam richtig erkannt werden. Es wird in der Schule und bei der Krankenpflege gelegentlich gegen die Ideen zu kämpfen sein, die den Islam zu seiner traurigen Rolle verurteilen; dahin gehört 1. die innere Entwicklungsbeschränkung durch die einseitige Betonung religiöser, d. h. in diesem Falle kultureller oder pseudokultureller Vorschriften, und durch eine Anzahl rechtlicher Auffassungen (besonders im Strafrecht); 2. die Stellungnahme gegenüber der nichtmuslimischen Welt im Sinne einer vollkommenen Feindseligkeit, sofern das jedem Muslim vorschwebende Ziel die Herstellung eines islamischen Weltreiches ist, in welchem die Nichtmuslime nur gegen die Zahlung einer Duldungsteuer in Niedrigkeit geduldet werden; 3. die barbarische Vorschrift, daß der aus dem islamischen Verbanne Austretende (*Apostat*, *murtadd*) mit dem Tode zu bestrafen ist. Es ist durchaus zu vermeiden, diese Punkte in einer den Islam gehässig herabsetzenden Weise zur Sprache zu bringen oder im allgemeinen sich in unfreundlicher Weise über den Islam oder gar den »Propheten« zu äußern. Man würde dadurch nur Mißtrauen und heftigen Widerstand erregen<sup>1)</sup>.

Bei einem Vorgehen zur Milderung der Gegensätze, zur tatsächlichen Schaffung der Elemente inmitten der islamischen Länder selbst, die die Hebung herbeiführen können, zur Beseitigung der in der heutigen religiösen Auffassung der Masse liegenden Hinderungsmomente, werden die deutsche Regierung und die deutsche Gesellschaft sich wesentlich zu unterscheiden haben. Das ist eben das Wesen der fränkischen Staaten im Gegensatz zu dem islamischen Gemeinwesen, daß

<sup>1)</sup> Welches Verhaltens selbst unterrichtete und einigermaßen mit der fränkischen Kultur bekannte Muslime fähig sind, beweist die wüste Szene, die islamische Fanatiker in der Sitzung des XIV. Internationalen Orientalistenkongresses in Algier herbeiführten, als KARL VOLLERS seine These über die Sprache des Korans vortrug, und bei der leider die Sitzungsleitung versagte. Einer der besten Kenner des Islams und auch des modernen Orients schreibt mir aus Kairo unter dem 1. März d. J. gelegentlich des Gedankens, den nächsten Kongreß nicht in Athen, sondern in Kairo abzuhalten: »Ce serait un malheur. Nous assistons depuis quelquetemps à un véritable débordement d'intolérance. Il serait impossible à des Occidentaux de parler d'arabe ou d'Islam. Pas d'illusion à se faire à ce sujet«.

jedereinzelne Staat grundsätzlich die Persönlichkeit jedes andern respektiert, d. h. sich der Einmischung in seine Verfassung und Verwaltung enthält, abgesehen von den für alle Staaten durch Übereinkommen festgesetzten Beschränkungen und von den zwischen einzelnen Staaten geschlossenen Verträgen <sup>1)</sup>).

Deutschlands Regierung hat sich in keiner Weise in die inneren Angelegenheiten islamischer Staaten einzumischen, weder freundlich noch feindlich <sup>2)</sup>). Man wird auch den deutschen Vertretungen in Teheran und in Konstantinopel in keiner Weise den Vorwurf machen können, daß sie Unkorrektheiten begangen hätten. Anders steht es um die Gesellschaft, unter der ich hier die Gesellungen verstehe, wie ich sie in meinem *Die Arabische Frage* S. 186 ff. dargestellt habe, von denen hier in besonderer Weise die Erwerbsgesellung und die Vorstellungsgesellung in Betracht kommen <sup>3)</sup>).

Es ist nun freilich nicht unbeschränkte Ausdehnung deutschen Erwerbslebens und deutschen Vorstellungslebens in den islamischen Ländern in dem Sinne zu wünschen, als sei es im Interesse der deutschen Gesamtgemeinschaft, daß irgendwelche Gruppe sich dort betätige. Die deutsche Gesellschaft wird ihr Interesse nur den Unternehmungen zuwenden, die ein Gesamtinteresse haben und dadurch zugleich auch der Unterstützung durch die organisierte Form der Gesellschaft, den Staat, in diesem Falle das Deutsche Reich, würdig sind. Das Urteil über das Einzelne in dieser Hinsicht wird nicht in allen Fällen mit voller Sicherheit festzustellen sein. Aber es gibt doch eine große Menge von Unternehmungen, die unbedingt die Unterstützung der Gesamtheit verdienen, wie z. B. die Betätigung deutschen

<sup>1)</sup> Auch die islamischen Staaten haben sich durch solche Übereinkommen und Verträge gebunden, es ist aber immer zu beachten, daß sie nach der als höchstes Gesetz bestehenden Bestimmung Gottes von der Beachtung dieser Übereinkommen und Verträge befreit sind, sobald das höchste Interesse, die Wohlfahrt der Muslime, es erheischt und die Möglichkeit zum Vertragsbruche vorliegt.

<sup>2)</sup> Damit soll nicht gesagt sein, daß z. B. nicht ein allgemeines Vorgehen gegen die Gewaltherrschaft Abdulhamids geboten war. Die Analogie zwischen dem Interesse des Einzelstaates, daß nicht innerhalb seiner ein Einzelner oder eine kleine Gruppe Gut und Leben von Individuen in freventlicher Weise, zerstört, und dem Interesse der Staatengemeinschaft, daß nicht in einem eine Gruppe alle anderen dauernd mit physischer und ökonomischer Vernichtung bedroht, liegt auf der Hand.

<sup>3)</sup> Die a. a. O. gegebene Konstruktion hat sich mir in untergeordneten Punkten modifiziert, und namentlich die Stellung des Staates innerhalb der Gesellungen erscheint mir jetzt anders. Vgl. die tiefstehenden Werke OPPENHEIMER, *Der Staat* (zu beachten die Einleitung zu den Übersetzungen in *Die Zukunft* vom 29. Januar 1910) und GUMFLOWICZ, *Der Rassenkampf*<sup>2</sup>, die in einem vortrefflichen Berichte von Wilhelm Metzger gewürdigt sind *Lit.-Zentralblatt* 1910 Sp. 57 f.

Wirtschaftlebens durch gewerbliche Anlagen. Für die Fälle bestimmter Ablehnung sind Beispiele kaum anzuführen nötig: das wären Unternehmungen, die gegen das Strafgesetz oder gegen die guten Sitten verstoßen. Als Regel ist festzuhalten, daß alle einzelnen Akte der wirtschaftlichen Tätigkeit in den islamischen Ländern unter dem verbindenden Gesichtspunkte der wirtschaftlichen Durchdringung zu betrachten sind. Je mehr die Einzelkräfte, die dort ein Tätigkeitfeld suchen, sich in den Dienst dieses großen und fruchtbaren Gedankens stellen, desto größer wird ihr Erfolg für das zu bearbeitende Land und für sie selbst sein. Ich darf nicht erst sagen, daß mir hierbei der Gedanke an eine Reglementierung, etwa durch eine deutsche Behörde, völlig fern liegt. Das wäre sicher vom Übel. Auch lassen sich die wirklich bedeutenden wirtschaftlichen Kräfte nicht in Fesseln schlagen. Es kann sich hier nur um die freiwillige Unterwerfung unter Organe handeln, über die sich je und je die tätigen Kräfte verständigen (vgl. z. B. den ausgezeichneten Einfluß, den Herr ERNEST GIRAUD als Vorsitzender der französischen Handelskammer in Konstantinopel jahrzehntelang geübt hat). Von der Reichsregierung haben die Erwerbskreise den wirksamsten Schutz zu verlangen. Sie darf sich dabei nicht einfach von dem selbst in scharfer Form geäußerten Widerstande der islamischen Regierung schrecken lassen, wenn nach den Verträgen dem Unternehmen nichts im Wege steht. Aber es kann nicht zugegeben werden, daß das Erwerbsinteresse des Einzelnen die Reichsregierung zwingen muß, das Wohl der Gesamtheit aufs Spiel zu setzen. Es kann in sehr vielen Fällen Takt, Geduld und Nutzung der im Lande bestehenden Sonderverhältnisse, wie Bachschisch-Wirtschaft, die Bewältigung von Schwierigkeiten durch die Individuen der Erwerbsgruppe herbeiführen <sup>1)</sup>).

Die Erwerbsgruppe ist aber nicht die einzige Gesellung, die in islamischen Ländern sich zu betätigen sucht. Es sind zwei andere Gesellungen, die, wenn auch nicht in der gleichen Stärke, es ebenfalls tun: die völkische Gesellung und die Vorstellungs-(religiöse)Gesellung. Die rein völkische Enklave im islamischen Lande hat ein Beispiel in

---

<sup>1)</sup> Daß Verfolgung unserer wirtschaftlichen Interessen nicht das geringste zu tun hat mit Schädigung oder neidischer Beugung der Interessen anderer, darf nicht erst gesagt werden. Höchst beherzigenswert sind die verständigen Worte in René Pinon, *L'Europe et l'Empire Ottoman* S. 363, deren Kernpunkt ist: «L'existence de surfaces de friction n'est pas un obstacle à une loyale entente». Wir werden zu einer Verständigung immer bereit sein, falls je sich Reibungsflächen ergeben sollten, mehr, wir werden von vornherein alles tun, um Reibungen zu verhüten.



der württembergischen Kolonie von Haifa<sup>1)</sup>). Die Württemberger machten ihren Einbruch als religiöse Phantasten. Sie wollten die Wiederkehr Christi dort erwarten, wo sie erfolgen mußte. Schon seit Jahren ist diese deutsche Gruppe religiös gespalten und ihr Einheitsband ist das Deutschtum. Hier kann kein Zweifel sein, daß die Gesamtheit ein Interesse an der Erhaltung solcher Enklaven hat, soweit sie dem deutschen Geist treu bleiben und nicht ihren Staat in Konflikt mit der Landesregierung bringen.

Ist die Herstellung solcher deutschen Kolonien ein Ziel der deutschen Gesellschaft? Es ist das unzweifelhaft zu bejahen, denn feste Punkte des Deutschtums im Innern Asiens sind die sicherste Stütze kulturellen und wirtschaftlichen Einflusses. Hier bedarf aber das Vorgehen in diesem Sinne der allergrößten Vorsicht. Mit ungeheuren Schwierigkeiten hatte die deutsche Haifa-Kolonie zu kämpfen, nicht zum wenigsten durch den Unverstand der türkischen Beamten. Erlebte ich doch selbst, daß einmal der Mutesarrif von Beirut zu mir in einer kaum erträglichen Weise heftig wurde, als er von der Ungeheuerlichkeit eines deutschen Staates im osmanischen Reiche sprach — weil die Haifa-Deutschen bei einem Feste die deutsche Flagge gehißt hatten! Es bedarf einer ununterbrochenen Wachsamkeit und vor allem der Kenntnis der Landesgesetze. Diese sind z. B. der Ansiedlung von Deutschen als Landbauern in der Türkei nicht günstig, weil fremde Ansiedler die osmanische Staatsangehörigkeit erwerben müssen (Kolonisationsgesetz vom 1. Regeb 1273/25. Februar 1857 in *Législation Ottom.* I 16 ff.). Man wird aber kaum dem wehren können, daß einzelne begüterte Deutsche Land kaufen, wie das durch das Gesetz vom 13. Sefer 1284/16. Juni 1867 gestattet ist<sup>2)</sup>, und wenn es ein paar Dutzend sind, so entsteht eben eine deutsche Gemeinde, die in jedem Falle von dem Reiche zu schützen ist. Doch es ist dieses Problem im Augenblick deshalb von keiner besonderen Wichtigkeit, weil der Gedanke, daß sich Deutsche in Kleinasien oder in anderen Teilen der Türkei in größeren Mengen ansiedeln, fallen gelassen ist<sup>3)</sup>.

<sup>1)</sup> Es lassen sich hier etwa noch die französischen Weinbauern von Shtora in dem Hochtal der Beqā' zwischen Libanon und Antilibanos nennen. Anders steht es mit den spanischen Juden, die um 1500 vor der Inquisition nach der Türkei flohen und dort aufgenommen wurden; sie wurden selbstverständlich ebenso osmanische Staatsangehörige, wie die aus Frankreich nach Preußen ausgewanderten Hugenotten preußische Staatsangehörige wurden. Immerhin verdienen jene Judengemeinden (Spaniolen) hier eine Erwähnung, da sie die heimische Sprache treu bewahrt haben.

<sup>2)</sup> Text des Gesetzes bei YOUNG, *Corps de droit Ottoman* I, 337 ff.

<sup>3)</sup> Ende der achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts waren alle Zeitungen und Zeitschriften voll von Ansiedlungsplänen in der Türkei. Besonders Unberufene beschäf-

Im Augenblick ist in der Türkei alles im Fluß, und es läßt namentlich die Sicherheit zu wünschen übrig (Adana-Massakers unter dem Schutze türkischer Beamten), so daß größere Gruppen im Innern darauf angewiesen wären, sich selbst zu schützen; das könnte zu schwierigen Konflikten führen. Andererseits fragt es sich: ist nicht gerade jetzt der Augenblick für ein frisches Handeln? Es könnte leicht kommen, daß Kleinasien mit seinen reichen Schätzen durch die Entwicklung des türkischen Volkes in einer bestimmten Richtung dem fremden Einfluß mehr entzogen wird, als es gegenwärtig der Fall ist.

Gruppen, die einem andern Gesellungs-kreise angehören, verdienen deshalb mehr Beachtung, weil sie bereits in systematischer Tätigkeit, in einer erhöhten Entwicklung stehen und — das ist nicht das mindest Wichtige — besondere Erfolge versprechen, wenn sie richtig vorgehen. Ich meine die Vorstellungsgesellschaften, die zunächst nicht zu Erwerbszwecken, sondern in einem schönen Idealismus Werke in den islamischen Ländern schaffen wollen, die der Fürsorge im weitesten Sinne angehören.

Lange Zeit war man gewohnt, diese Werke der Fürsorge gleichsam als ein Monopol der Missionsgesellschaften zu betrachten<sup>1)</sup>. Das war ohne Zweifel sehr bequem: man hatte wenig Aufwendungen zu machen, weil die Mission verhältnismäßig billig arbeitete; die an ihr tätigen Männer und Frauen machten sich zum Teil aus dem stattlichen Fonds ihrer religiösen Lebensanschauung bezahlt und begnügten sich für ihre irdischen Bedürfnisse mit einer geringen Entschädigung, während man bei nicht religiös angeregten Kräften mit höheren materiellen Anforderungen zu rechnen hatte. Man betrachtete ja auch diese Tätigkeit der Missionen als etwas gleichsam die Gesamtheit nicht Interessierendes. Diese sonderbaren Heiligen, die sich in so seltsamer Weise um das leibliche, seelische und geistige Wohl fremder Völker bekümmerten, ließ man gern gewähren, man gab ihnen auch wohl aus der eigenen Fülle einen Beitrag für ihre Tätigkeit, wenn man in geschickter Weise dazu herangezogen wurde. Aber im allgemeinen herrschte kein Verständnis dafür, daß diese Tätigkeit zu einer ganz außerordentlich wichtigen Stütze des nationalen Ansehens und auch der nationalen

tigten sich in rein journalistischer Weise mit diesem Problem, ohne Kenntnis der Geschichte, ohne Kenntnis der Gegenwartsbedingungen; den meisten blieben dabei die wichtigen älteren Arbeiten über die Frage, wie die von Roß und von List, unbekannt. Wünschenswert ist die Zusammenstellung des gesamten Materials.

<sup>1)</sup> Über das Wesentliche der missionarischen Tätigkeit in einem Teile Vorderasiens in Syrien s. mein *Die Arabische Frage*, S. 77 ff., S. 550 ff. Ich bitte auch die gegenständlichen Bemerkungen zu beachten, die in der Anmerkung zu S. 550 über das Verhältnis zwischen Mission und wirtschaftlichem Betriebe gemacht sind.

Wirtschaft werden könne. An ihrer Verbindung mit dem religiösen Bekehrungseifer nahm man meist keinen Anstoß. Noch 1881 erklärte Gambetta: *L'anticléricalisme n'est pas un article d'exportation*. Aber die öffentliche Meinung machte, zunächst in Frankreich, eine Wendung: das energische Vorgehen in Sachen der Trennung von Staat und Kirche zog notwendig auch ein verändertes Verhalten gegenüber den kirchlichen Anstalten im Auslande nach sich. Die ratio der Unterstützung französischer Missionsanstalten war nicht mehr ihr religiöser Charakter, verbunden mit der Eigenschaft Frankreichs als Schützerin der katholischen Kirche<sup>1)</sup>, sondern lediglich das nationale Interesse. Von diesem Gesichtspunkte aus konnte man die katholischen Missionen ebenso unterstützen, wie man es mit der Alliance Universelle Israélite tat. Es ergibt sich, daß auch jede andere Gemeinschaft Anspruch auf die Hilfe der französischen Regierung hat, die Fürsorgearbeit in Vorderasien im französisch-nationalen Interesse treibt. Dieser Gedanke ist in einer außerordentlich fruchtbaren und erfolgreichen Weise aufgegriffen worden von der Gruppe, welche sich unter dem Namen: *Missions Laïques Françaises* gebildet hat. Diese Gruppe verlangte zunächst, daß sie die bedeutenden Summen, die bisher französischen Missionsgesellschaften zugewiesen waren, allein erhalten solle. Man wird der französischen Regierung völlig beipflichten können, wenn sie dieses Verlangen abwies. Es ist denn auch in wirksamer Weise von den Regierungsvertretern bei der Beratung der Frage darauf hingewiesen worden, daß es unbillig sei, den Missionsgesellschaften alles zu entziehen, und man hat einen Modus gefunden, der annehmbar ist<sup>2)</sup>.

Der Gedanke, aus der Gesellschaft heraus, ohne Rücksicht auf Momente des Vorstellungslebens, das Werk der Fürsorge in islamischen Ländern in die Hand zu nehmen, trat bald darauf auch in Deutschland hervor. Es bildete sich das *Deutsche Vorderasienkomitee*, über das weiter unten berichtet wird. Es liegt hier eine Parallel-

<sup>1)</sup> Die beste Behandlung der Protektoratsfrage liegt vor in E. GRAF VON MÜLINEN, *Die lateinische Kirche im Türkischen Reiche*<sup>2</sup> S. 42 ff. Nützlich ist auch die in historischem Sinne geschriebene Zusammenstellung in RENÉ PINON, *L'Europe et l'Empire Ottoman* S. 537—569, nur daß die Evolution, zu der der Verfasser gelangt, nicht sehr wahrscheinlich ist und sich an eine falsche Vorstellung anschließt: die katholischen Bevölkerungen (nicht die Priester) sollen von Frankreich geschützt werden, und zwar tätiger denn je en présence des progrès de l'influence allemande en Syrie. Dieser Fortschritt des deutschen Einflusses in Syrien ist eben so eine Fabel, wie der »*péril allemand*« im allgemeinen, über den Herr PINON sich S. 362 lustig macht.

<sup>2)</sup> Vgl. die bemerkenswerten Verhandlungen im französischen Senat am 12. und 13. März 1908, über welche ein gut orientierender Bericht vorliegt in *Bull. Comité de l'Asie Française* 1908, 109 f.

erscheinung vor zu dem französischen Vorgehen: Das Vorderasienskomitee ist in ähnlicher Weise eine Gruppe, die grundsätzlich das religiöse Element aus ihren Bestrebungen ausscheidet, sich aber vielleicht darin von der französischen Gruppe unterscheidet, daß sie den religiösen Anstalten mit gleichen Bemühungen nicht feindlich gegenübersteht, sondern gleichgiltig, und wo es seine Interessen gefördert glaubt, sympathisch. Es mag das darin seinen Grund haben, daß in Deutschland das Missionswerk zwischen der katholischen und protestantischen Kirche geteilt ist, und daß man sich in Bewertung des rein kulturellen Elements in der Fürsorgearbeit der protestantischen Mission näher fühlt und auch tatsächlich bei ihr gesicherter ist vor Übergriffen des rein religiösen Moments.

### III.

Die Mittel zur Erreichung der wirtschaftlichen Ziele darzustellen, entfällt deshalb, weil hier unbegrenzte Möglichkeiten vorliegen. Da schafft jedes Jahr, fast jeder Tag ein anderes Bild, dem die Wege angepaßt werden müssen. Das einzige allgemeine Moment, das hier von Bedeutung ist, die Erziehung der islamischen Bevölkerung, ihre Erfüllung mit gesunden wirtschaftlichen Gedanken und ihre Heranbildung zu gewerblicher und händlerischer Tätigkeit im Maße des höchsten Standes der Kulturvölker, berührt sich mit zweien der Haupthebel der kulturellen Entwicklung, der Schule und der Schaffung von Arbeitszentren, so eng, daß sie dort behandelt werden können. Es wäre übrigens, soweit die Tätigkeit des fränkischen Geschäftsmanns in Betracht kommt, wie schon bemerkt wurde, jede behördliche Bevormundung hinsichtlich der von ihm zu wählenden Mittel vom Übel. Die Gesellschaftsgruppe, die da wirkt, weiß sich zu helfen. Unsere Geschäftswelt hat die Augen offen.

Auf dem anderen Gebiet, dem der kulturellen Hebung, sind aber durchaus Anreger nötig. Die deutsche Gesellschaft ist zu ihrem größten Teile mit den Kämpfen innerhalb ihrer Gesellungen und denen der Gesellungen gegeneinander so beschäftigt, daß sie erst besonders auf die außerhalb ihres Kreises liegenden Zustände aufmerksam gemacht werden muß. Eine Gruppe tut dies beständig, die Mission, aber die deutschen Missionen arbeiten gegenwärtig in den islamischen Staaten nur in beschränktem Maße <sup>1)</sup>.

<sup>1)</sup> Die Deutsche Orient-Mission (Leiter Dr. LERSIUS in Potsdam) hat Stationen in der Türkei in Philippopol und Urfa, in Persien in Choi und Urmia (Waisenhäuser verbunden mit gewerblichem Unterricht). Über ihre Arbeit berichtet sie in den monatlich erscheinenden Heften »Der christliche Orient«.

Als unanfechtbare Mittel zur Erreichung der in II formulierten Ziele stelle ich auf

1. Die Schule,
2. die Wohlfahrtspflege,
3. die Schaffung von intellektuellen und Arbeitszentren.

Man wird hinzufügen dürfen: die Stärkung des völkischen Gedankens, sofern eine wirksame Hebung des kulturellen Zustandes dauernd nur auf nationaler Grundlage möglich ist.

Zu 1. In der Schulfrage ist bereits einiges geschehen. An mehreren Orten der Türkei bestehen deutsche Schulen, und es werden meist in sie auch muslimische Kinder aufgenommen werden; es sind Volksschulen, gehobene Volksschulen (meist mit Kindergarten), Realschulen und höhere Mädchenschulen <sup>1)</sup>. In Persien besteht seit 1907 eine dreiklassige deutsche Schule, die zu einer Realschule ausgebaut werden soll <sup>2)</sup>. Das sind schöne Anfänge, und es ist zu hoffen, daß sich Weiteres daran schließen wird. Aber was auch getan wird, es wird immer gering bleiben im Verhältnis zu dem, was die zurückgebliebenen islamischen Länder verlangen, und was die eigenen Regierungen ihnen nicht bieten und nicht bieten können, gering quantitativ und qualitativ. Allein in der Türkei wären, um dem dringendsten Notstande abzuhelpfen, sofort wenigstens 120 Realschulen zu schaffen (dabei ist etwa auf jedes Mutesarriflik eine Schule gerechnet) und daneben die zehnfache Zahl gehobener Volksschulen. Das bleibt Aufgabe der Landesregierung und der lokalen Gruppen, denen sie dabei in jeder Weise Freiheit zu gewähren hat. Es gibt in der Türkei eine Anzahl Männer, die genügende Einsicht haben, diese Notwendigkeiten zu erkennen, auch scheint es, daß die Regierung, von den Fesseln des Hamidischen Regiments befreit, endlich der Gestaltung des Schulwesens Aufmerksamkeit zuwendet. Nach den Programmen, die mir für den Unterricht in den Gymnasien (*I'dādīs*) vorliegen, wird dort ein bedeutender Lehrstoff bewältigt; nur klappt zwischen den vortrefflichen Absichten des Unter-

<sup>1)</sup> Es bestehen nach dem *Handbuch des Deutschtums im Auslande* <sup>2</sup> (1906) Volksschulen in Haidarparascha und Paschabagtsche (am Bosphorus); gehobene Volksschulen in Karagatsch (bei Adrianopel), Salonik (mit kaufmännischer Fortbildungsschule und einer Vorbereitungs-klasse für fremdsprachliche Schüler), Eskischehir, Haifa (Tempelschule und deutsch-evangelische Schule), Sarona, Jaffa (zwei, wie bei Haifa), Jerusalem; Realschule in Konstantinopel. Seit dem 1. Oktober 1909 besteht eine deutsche Volksschule in Bagdad unter einem tüchtigen deutschen Lehrer, dem ein französischer Lehrer beigegeben wird. Nach dessen Anstellung darf auch auf den Besuch einheimischer Kinder gerechnet werden. Der deutsche Lehrer hält seit dem 1. November Abendkurse für junge kaufmännische Angestellte Bagdader Firmen.

<sup>2)</sup> Für Täbriz ist die Schaffung einer deutschen Volksschule in Aussicht genommen.

richtsministeriums und dem tatsächlichen Bestande eine gewaltige Lücke. In der Hauptstadt und vielleicht auch in einer oder andern bevorzugten Provinzstadt mag es Schulen geben, die einigermaßen den theoretischen Anforderungen gerecht werden. Anderswo sieht man sich vergeblich nach ihnen um. Gemindert wird der Übelstand durch das tatkräftige Vorgehen nationalistischer Elemente in einigen Provinzen. So wird z. B. in Syrien von mehreren christlichen Gruppen Genügendes getan für Aufrechterhaltung der großen Erziehungsanstalten, die aus diesen Kreisen gegründet worden sind. Ich denke hier hauptsächlich an die christlich-unierte *batrakije* »Patriarchatschule«, an der Gutes geleistet wurde, als ich in den achtziger Jahren mich von ihrem Zustand überzeuete. Aber das ist bei weitem nicht genügend. Das ganze heutige System krankt an zwei großen Fehlern: 1. man entwirft in der Hauptstadt immer von neuem Lehrpläne<sup>1)</sup>, denkt aber nicht an die Schaffung von Schulen, in denen sie auszuführen sind; die Ursachen sind die Unbeständigkeit der Osmanlis (über diesen schweren Charakterfehler, dem sich in hochgradiger Weise Neid und Mißgunst gesellen, siehe mein »*Unpolitische Briefe aus der Türkei*«, wo Belege beigebracht sind, *passim*), das Fehlen der Geldmittel in der Staatskasse<sup>2)</sup> und der Mangel an geschulten und zuverlässigen Lehrkräften (wo sollten sie auch herkommen, da das höhere Schulwesen durch Abdulhamid systematisch unterbunden wurde ?)<sup>3)</sup>

<sup>1)</sup> Anfang 1910 erschien in Konstantinopel wieder einmal ein neuer Lehrplan für die Schulen. Das Material bis 1905 ist zusammengestellt bei YOUNG, *Corps de droit Ottoman II* in Titre XXXIX *Instruction Publique* S. 352—394. Die französischen Schulen in der Türkei sind behandelt von RENÉ PINON a. a. O. 494—536.

<sup>2)</sup> Richtiger: die sinnlose Verwendung der Staatsgelder. Im Februar 1910 wurde vom Senat ein Flottenplan der Regierung genehmigt, nach dem für die Seemacht fünf Millionen Pfund (etwa 93 Millionen Mark) verwandt werden sollen. Was könnte auf dem Gebiete des Schulwesens mit einer einzigen Million Pfund geschaffen werden, wenn sie verständlich angelegt wird. Es müßten nicht zehn, sondern fünfzig der fähigsten Lehramtsaspiranten jährlich nach Europa gesandt und ihnen nach der Ausbildung ein einigermaßen auskömmlicher Lohn gesichert werden.

<sup>3)</sup> Neben den staatlichen Schulen, in denen übrigens dem in einer rein mechanischen Weise betriebenen Religionsunterricht ein unverhältnismäßiger Platz eingeräumt ist, gibt es *Medresen*, die keineswegs, wie man in Europa immer noch annimmt, »Hochschulen« sind, sondern ausnahmslos Theologische Seminare niederer Gattung. Wie hart selbst ein *Sahib Molla* (der Schechulislam, den ich am 6. Oktober 1909 besuchte) über diese Anstalten urteilt, ist in meinem *Unpolitische Briefe* S. 164 f. zu lesen. Im Februar 1910 wurde ein neuer Lehrplan für diese geistlichen Lehranstalten in Stambul bekanntgemacht; nach ihm werden fernerhin auch Geographie und Geschichte an ihnen gelehrt; der Unterricht gipfelt jetzt — das ist die neueste Tat der osmanischen Regierung — in der Durchnahme des *izhâr alhâqq* »*Beweis der Wahrheit*«, eines Kampfbuches gegen das Christentum. Auch ein Stück »*Neue Türkei*«.

2. die Stellung der islamischen Regierung zu den nichtislamischen Gruppen ist verkehrt; in diesen, besonders bei den Griechen und bei den Armeniern, besteht ein gutes Verständnis für die Bedeutung der Schule, und in ihnen gibt es zahlreiche Personen, die zum Unterricht geeignet sind, aber die türkische Regierung machte stets alle Anstrengungen, die Lehranstalten Ungläubiger in ihrer Freiheit zu beschränken. Eine Einmischung in diese Zustände ist kaum ratsam. Es kann nur indirekt dahin gewirkt werden, daß sowohl die islamischen Kreise aus privatem Vorgehen heraus sich die nötigen Schulanstalten schaffen, besonders Realschulen, wie auch daß die nichtislamischen immer energischer ihren Schulbedürfnissen gerecht werden. Das Eingreifen der fränkischen Gesellschaft liegt auf einem anderen Gebiet: in der Schaffung einer intellektuellen Oberschicht durch den höheren Unterricht, der zum Betriebe eines Fachstudiums befähigt, und in der Schaffung von Gelegenheit zu diesem Fachstudium selbst. Es liegen hier zwei bedeutende Schöpfungen vor, die höchst lehrreich sind, positiv und negativ. Ich meine das *American Protestant College* und die *Université de St. Joseph*, beide in Beirut. Es ist bezeichnend, daß sie beide in einer Küstenstadt sind: nur in einer solchen hatten sie Aussicht auf guten Besuch und auf Sicherheit vor fanatischen Angriffen; beide sind in streng kirchlichem Sinne geleitet<sup>1)</sup>. Aber in den Kulturländern sind auch die Kirchen weit über den Standpunkt der islamischen Kirche hinausgediehen und haben sich die Methode der ungläubigen Wissenschaft zum Teil angeeignet. Vor allem wird in jenen Schulen die orientalische Jugend mit den Sprachen bekannt gemacht, in denen die geisterbefreienden Werke geschrieben sind, die die Grundlage zum eigenen Denken geben. Ich kenne mehr als einen Syrer, der das bei den *Patres Jesuitae* gelernte Französische zum Lesen der gewaltigen Denker des 18. Jahr-

<sup>1)</sup> Arbeiteten die Jesuiten allezeit ziemlich gleichmäßig nach dem bekannten starren System, so zeigt das System der amerikanischen Presbyterianer Schwankungen, leider zum Schlechteren hin. Denn es ist nicht zu verkennen, daß durch die Herren *Bliss* und *Post* ein engherziger Geist eingeführt wurde, der unerfreulich gegen die wahrhaft humane Leitung unter *Eli Smith* und *Cornelius van Dyck* absticht. Im Jahre 1908 führte das zu einem schweren Konflikt mit der muslimischen Bevölkerung und der Regierung, weil das College von den muslimischen Schülern die Teilnahme an den religiösen Übungen verlangte. Das College darf sich nicht als eine gewöhnliche Privatanstalt betrachten, die an ihre Besucher beliebige Anforderungen stellen kann, denn es ist ihr von der Regierung Anerkennung ihrer Diplomierten als berechtigt zur Ausübung des ärztlichen Berufes bewilligt. Aber sei selbst rechtlich gegen ihr Verhalten nichts einzuwenden, so ist es als unklug und inhuman schwer zu tadeln. Was soll dieser Versuch, Seelenfang zu treiben, dessen Aussichtslosigkeit sicher ist, und der nur geeignet ist, Haß und Mißtrauen gegen alle Franken zu wecken?

hundreds benutzte, dadurch zum Bruche mit der von eben diesen Lehrern gepriesenen Tradition kam und sich eine selbständige, wieder auf weitere Kreise wirkende Meinung bildete. Das Ideal freilich sind solche Anstalten nicht. Nicht kirchlich-dogmatisch darf die Grundlage des Unterrichts sein, wenn es uns gelingen sollte, eine deutsche Hochschule in Vorderasien zu gründen. Ich berühre diesen Plan nur kurz, der bereits mehrfach ausgesprochen wurde<sup>1)</sup>, und an dessen Verwirklichung jeder Deutsche und jeder wahre Freund des vordern Orients ein Interesse hat. Als Ort einer solchen Hochschule sind Urfa und Mosul in Aussicht genommen worden. Es wäre zunächst auf Schaffung zweier Fakultäten hinzuarbeiten: 1. einer mathematisch-naturwissenschaftlichen, 2. einer philosophisch-historischen, d. h. der beiden Universitätszweige, die zunächst den Stab von Lehrern für die zu gründenden Realschulen liefern sollen und den zahlreichen Personen aus allen Kreisen, die sich gründlicher unterrichten wollen, eine Ergänzung bieten (z. B. islamischen Theologen, Technikern, Industriellen). Es müßten Hospitanten in weitem Maße zugelassen werden. Welch gute Aufnahme Lerngelegenheit findet, beweist die Chaldunije in Tunis, über deren Wirken ich schon berichten konnte<sup>2)</sup>. Es müßten natürlich mit der Hochschule Laboratorien und andere Anstalten zur Betreibung praktischer Arbeit verbunden sein. Unter den Besuchern darf auf die Religion in keiner Weise Rücksicht genommen werden. Wenn sich Christen und Juden in großer Zahl einfinden und die Muslime fast ausbleiben, um so schlimmer für diese. Den Muslimen den Besuch der Anstalt etwa besonders nahelegen, liegt kein Anlaß vor. Von Elementen, die durch jahrhundertelange Feindschaft gegen ernsten Wissenschaftsbetrieb sich hervorgetan haben, wird man besonderen Eifer nicht erwarten dürfen. Beim Unterricht ist selbstverständlich auf irgendwelche religiösen Vorurteile keine Rücksicht zu nehmen. Da man sich aber im islamischen Lande befindet, so gebietet die Klugheit, unnötige Reizungen der islamischen Empfindlichkeit zu vermeiden.

<sup>1)</sup> Mein allgemein ausgesprochener Gedanke, daß die Hauptgebiete arabischen Lebens der Schaffung von Hochschulen bedürfen (*Arab. Frage* 91 und dazu Ausführung 213 S. 588 bis 592) wurde von GROTHE als ein »Hinweis auf die Notwendigkeit der Errichtung von deutschen Hochschulen im arabischen Sprachgebiete« wiedergegeben (*Beitr. zur Kenntnis des Orients* Bd. VII S. 136). Das ist zu weitgehend. Es kann sich doch nur um Schaffung einer einzigen deutschen Universität handeln, und diese darf nicht als für einen begrenzten Kreis des Landes bestimmt gedacht sein. Ich habe dann den Gedanken aufgenommen in »*Neue Forschungen in der Türkei und Persien 1906—1907*« (Bericht über Grothes Reisen in *Tägliche Rundschau*, Unterhaltungsbeilage vom 18. Dezember 1909).

<sup>2)</sup> *Die Arabische Frage* S. 589.



Auf dem Gebiete der Wohlfahrtspflege bleibt auch in den Frankländern noch viel zu tun. Doch ist man hier seit Jahrhunderten um die Organisierung der öffentlichen Krankenpflege in ernster Weise bemüht gewesen, und es sind, namentlich durch das Verdienst der unabhängigen Stadtverwaltungen, ausgezeichnete Erfolge errungen worden. In den islamischen Ländern ist hier noch alles zu tun <sup>1)</sup>. Selbst in der verhältnismäßig vorgeschrittenen Türkei fehlt es fast völlig an öffentlichen Krankenhäusern, und die Renommieranstalten, die Abdulhamid geschaffen, wie das Kinderhospital Hamidije, die übrigens jeden Augenblick durch die Laune des geisteskranken Fürsten bedroht waren, lassen den üblen Zustand des Hospital- und Ärzteswesens nur greller hervortreten <sup>2)</sup>. Gerade auf diesem Gebiete steht den Anstalten religiösen Charakters ein weites Feld offen, und man wird sie gern heranziehen und unterstützen. Deutschland ist in der Türkei bisher nur mit zwei Krankenhäusern vertreten: dem groß angelegten und vorzüglich geleiteten in Konstantinopel und dem Johanniter-Hospital in Beirut <sup>3)</sup>. Doch ist Weiteres im Werden. Seit November

---

<sup>1)</sup> Die Schuld trifft den Islam, der alle öffentlichen Angelegenheiten als Dinge der Religion behandelt, dessen religiöse Urkunden aber von Werken der caritas nichts wissen, abgesehen von der Armensteuer (*zakāt*). Selbst dieses Mindestmaß von Fürsorge trat nicht in Wirksamkeit infolge der aus dem Fehlen des Staatsgedankens im Islam hervorgehenden allgemeinen Anarchie in der Verwaltung. Wenn berichtet wird, daß einige Chalifen Krankenhäuser geschaffen und Ärzte an ihnen angestellt haben, so waren das Einzelfälle, und solche Gründungen gingen immer sehr bald wieder ein an dem Mangel des Verantwortungsgefühls bei den Oberen und dem Beherrschtsein durch die stumpfe Unterwerfung unter *qadā waqadar* bei den Massen. Vergleiche den Teil meiner Arbeit »Islamische Verfassung und Verwaltung« in *Kultur der Gegenwart*, Teil II Abt. 2 (erscheint Sommer 1910), der abgedruckt ist *Internationale Wochenschrift* vom 5. Oktober 1907 Sp. 865 f.

<sup>2)</sup> In vorzüglicher Weise unterrichtete über diese Zustände das reichhaltige Werk RIEDER PASCHA'S: *Für die Türkei. Selbstgelebtes und Gewolltes* (Jena 1903). Ich begnüge mich, aus der Einleitung folgende Worte anzuführen: »Schwere sanitäre Schäden nagen am Marke des türkischen Volkes, und es müssen Mittel und Wege gefunden werden, um der geradezu unglaublichen Mißachtung des Menschenlebens und der ungeheuren Verschwendung von Menschenleben entgegenzuwirken, die hier getrieben wird.... Das türkische Volk gesund erhalten und damit durch Sicherung eines gesunden Nachwuchses auch den Staat lebensfähig und lebenskräftig erhalten, vermag lediglich und allein die unbehinderte und in ihren Erfolgen geschützte und geschätzte Arbeit ernster, wissenschaftlicher, einheimischer Ärzte.«

<sup>3)</sup> Leider haben bei diesem durch einen ungünstigen Vertrag die Ärzte des amerikanischen Protestant College eine Monopolstellung. Es ist zu hoffen, daß es der Reichsregierung gelingen wird, durch energisches Eingreifen Wandel zu schaffen. Es fehlt nicht an einem tüchtigen jüngeren deutschen Arzt, der gerade in Beirut wohl am Platze wäre.

1908 weilt ein deutscher Arzt mit einer Krankenschwester in Bagdad und seit 1909 ein anderer in Basra. In Smyrna war die Anstellung eines deutschen Arztes fest in Aussicht genommen; der Aspirant folgte aber einem Rufe, der ihn mehr anzog. In Täbriz wird sich binnen kurzem eine deutsche Apotheke auftun, deren Wirken durch einen deutschen Arzt unterstützt werden soll.

Scheinbar unwichtig und nicht leicht zu konstruieren ist Punkt 3 meines Programms: Schaffung von intellektuellen und Arbeitszentren. Es ist dabei in erster Linie an die Errichtung von deutschen Bibliotheken gedacht, die möglichst vollständig das literarische Material über das Land und innerhalb dieses Rahmens über ein Sondergebiet enthalten, etwa in der Art der auf Anregung GEORG KAMPFFMEYERS gestifteten und unter seiner persönlichen Leitung schnell gut entwickelten deutschen Marokko-Bibliothek in Tanger. Zunächst würden solche Büchereien der Hebung des Landes nur indirekt zugute kommen, indem sie den Interessen der Deutschen dienen, die sich dauernd oder vorübergehend in geschäftlichen oder wissenschaftlichen Angelegenheiten oder auch nur als reine Touristen in dem Lande aufhalten und sich unterrichten wollen. Es steht nichts im Wege, daß sie auch den Vorgesrittensten der Einheimischen zugänglich gemacht werden, die sie gerade am nötigsten haben, weil ja die Bewohner der islamischen Länder am schlechtesten über sie unterrichtet sind und in den eigenen Sprachen nur ganz ungenügendes Material haben. Dabei müßten diese Sammlungen lokal ausgebaut werden, d. h. es müßte systematisch die Erwerbung älterer und neuerer Stücke betrieben werden, die in dem Gebiete entstanden und nur dort zu erwerben sind. Die Orte, wo solche Sammlungen anzulegen sind, wären zunächst einer in Kleinasien, einer in Syrien, einer in Mesopotamien, einer in Babylonien; es kommen da in Betracht Konia, Aleppo (oder Damaskus), Urfa (oder Mosul), Bagdad. Es müßten sich ferner an eben diesen Orten, die Gelegenheit zum Lehren und Lernen bieten, einzelne Personen oder Gruppen des wichtigen Werkes der intellektuellen Hebung annehmen. Nicht empfiehlt sich die Gründung von »Vereinen« oder »Gesellschaften«, denn es mischt sich dann sogleich dem hier zu erstrebenden Ziele Fremdartiges bei, auch gehen solche Gebilde meist bald an allgemeiner Interesselosigkeit zugrunde. Ich denke an die Heranziehung tätiger und intelligenter Elemente aus den deutschen Kolonien durch eine zentrale Gruppe in Deutschland, die mit der Aufgabe zu betrauen wären; sie hätten in der kühleren Zeit regelmäßige Zusammenkünfte zu veranstalten, in denen die durch Sonderstudien Befähigten Übersichten aus einzelnen Wissenszweigen zu

geben hätten. Als Arbeit gemeinnützigen Charakters, für die an allen größeren Orten zuverlässige Männer zu gewinnen wären, nenne ich die Bedienung meteorologischer Stationen. Die Neueinrichtung solcher nahm in mehreren Städten HUGO GROTHE vor. Die Erhaltung des Geschaffenen und die Fortführung regelmäßiger Aufnahmen hat ein bedeutendes Interesse wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Charakters.

Die Hebung des völkischen Geistes, die für die Verjüngung der islamischen Völker so wichtig ist, ist nur in bedingter Weise Sache der fränkischen Gesellschaft. Sie kann da nicht mehr tun, als gegenüber jenen Gemeinschaften immer von neuem die Bedeutung nationalen Lebens betonen und ihr Interesse an den Regungen dieses Lebens zeigen. Es ist bekannt, wie solche Regungen von dem Türkentum stets verfolgt und unterdrückt wurden, in den letzten Jahrzehnten mit ungewöhnlicher Härte und Grausamkeit. Auch die jetzigen Machthaber in Stambul möchten, in dem Bewußtsein ihrer Inferiorität und der Kenntnis der Gefahr, die dem Osmanentum von einem Erwachen der noch fast kultur- und literaturlosen kräftigen Völker droht, auch weiterhin überall die Keime aufblühenden Volkstums zerstören. Es wird ihnen nicht gelingen. Die Albaner, diese hochbegabte Nation von großer Kraft, haben die ersten Schritte zur völkischen Entwicklung getan durch ernste Inangriffnahme der Schulfrage und der Schriftfrage. Die Kurden werden ihnen folgen. Es muß verhütet werden, daß dieser Neubildungen fanatisch-islamische Elemente sich bemächtigen. Es ist hier in vorsichtiger Weise das Einleben der aus jahrhundertjährigem Schlaf erwachenden Gemeinschaften in die Gegenwart so zu leiten, daß ihnen sogleich die besten und reinsten Quellen des fränkischen Kulturlebens geöffnet werden. Zwei Klassen von Forschern sind vor allem berufen, die Entwicklung zu verfolgen und ihr, so viel in ihren Kräften steht, die Richtung zu geben, als Männer von Erfahrung und Übersicht: der Sprachforscher und der Ethnolog.

Wer soll nun die Leitung dieser Bemühungen um Entwicklung des Schulwesens, um Einrichtung der Wohlfahrtspflege, um Schaffung von intellektuellen Mittelpunkten in die Hand nehmen? Woher sollen die Mittel zu all dem kommen? Ich kann zu meiner Freude mitteilen, daß eine geeignete Organisation bereits besteht in dem Deutschen Vorderasienkomitee, das aus dem Ende 1905 gebildeten Komitee zur Entsendung einer handelsgeographischen Expedition nach Kleinasien, Mesopotamien und Persien hervorgegangen ist, und dessen Ausschuß aus den Herren Dr. HUGO GROTHE (Schriftführer),

damit das Urteil, welches das Konstruierte als möglich hinstellt, auf Wahrheit Anspruch machen könne; wir wollen, um auf unser Beispiel zurückzukommen, wissen, welche Norm es uns gestattet, zu behaupten, ein Gegenstand könne brennen, wiewohl das als möglich hingestellte in Wirklichkeit nicht eintritt. Wir brauchen in diesem Falle nur über die Gründe unserer Entscheidung uns klar zu werden, um die gewünschte Norm zu erhalten. Wie entscheiden wir nun über die Wahrheit eines Urteils, welches behauptet, daß auf gewisse Einwirkungen  $F_1, F_2 \dots$  die Auswirkungen  $G_1, G_2, \dots$  erfolgen, ohne doch zu meinen, daß eine dieser Ein- und Auswirkungen tatsächlich auftrete. In dem eben angeführten Beispiel werden wir vielleicht durch eine Reihe von Beobachtungen Gewicht und Rauminhalt des fraglichen Gases genau feststellen, durch Division sein spezifisches Gewicht errechnen, und wenn dieses mit der für den Wasserstoff geltenden Zahl übereinstimmt, behaupten, daß es brennbar sei und überhaupt die durch das Wort Wasserstoff gekennzeichneten Reaktionsfähigkeiten besitze. Wir halten uns also für berechtigt, das System  $F-G$  von Ein- und Auswirkungen als möglich hinzustellen, wenn überall und zu jeder Zeit im Bereich der Wirklichkeit jedes Gas, bei welchem die Beobachtung das von uns erhaltene spezifische Gewicht ergeben hat, stets mit der Auswirkung  $G$  antwortete, wenn das zugehörige  $F$  eintrat. Wir übertragen also das für das Wirkliche Geltende auf das Mögliche, nachdem eine tatsächlich vorgenommene Untersuchung eine Reaktionsweise gezeigt hat, die überall da, wo außer ihr noch eine der Einwirkungen  $F$  vorlag, mit dem zugehörigen  $G$  verbunden war. Diese Norm ermöglicht uns, unter Voraussetzung einer hinreichenden Anzahl von Erkenntnissen, die sich auf das Wirkliche beziehen und deren Wahrheit in realistischem Sinne zu verstehen ist, die Konstruktion einer phantasierten Wirklichkeit, und wir sehen das Urteil als wahr an, welches das so Konstruierte als möglich hinstellt. Wir haben so durch Erkenntnisse im Bereich des Wirklichen eine große Anzahl von Konstruktionsregeln gewonnen, die zum Teil sehr verwickelt und bis in kleinste Einzelheiten ausgeführt sind, denen wir Begriffe, wie Wasserstoff, Stickstoff, Eisen usw., zuordnen, und es bedarf unter Umständen nur einer kurzen Prüfung, um entscheiden zu können, welche dieser Konstruktionsregeln im vorliegenden Fall für die Beurteilung des Möglichen anzuwenden sei. Voraussetzung für diese Normierung des Möglichen ist freilich, daß das gesamte Gebiet des Wirklichen durch Regeln eindeutig bestimmbar, daß jeder einzige wirkliche Fall einer allgemeinen Gesetzlichkeit unterzuordnen sei, da andernfalls das Wirkliche keine eindeutige Bestimmung des Möglichen liefern würde. Es ergeben sich daraus kaum lösbare Schwierigkeiten, wenn wir das Gebiet des physikalischen und chemischen Geschehens verlassen und das der Geschichte in den Bereich der Betrachtung ziehen. Es ist durchaus zweifelhaft, ob das Urteil: „wenn Napoleon auf

immer erneuten Versuch, die völkische Gesamtheit politisch und geistig in die Knechtschaft einer kleinen Gruppe (Fürstenhof, Kirche, Bureaucratie) oder eines Bundes solcher Gruppen zu zwingen. Dann, erst dann, wenn der islamische Orient diese Gedanken in sich aufgenommen, wird auch er Mitarbeiter zu dem großen Werke der Menschheitentwicklung stellen. Dann wird er auch die Mühen, die wir auf seine Gewinnung gewandt, reichlich lohnen.

---